Miriam Younes

Die Revolution des 17. Oktober

Ursachen, Verlauf und Ziele der Massenproteste im Libanon

UNRAST

Kapitel 7

Corona, Hunger und die Explosion – Wann ist der Zusammenbruch vollständig?

»Es scheint unmöglich, irgendetwas Sinnvolles über die Explosion am 4. August 2020[97] *zu sagen.«*[98]

»Der Sturz dieses Systems und sein Zusammenbruch vor unseren Augen sollte eine Gelegenheit für uns sein, eine neue Art von Politik zu machen. Etwas, das über politische Pläne und Programme hinausgeht und den Menschen etwas Fassbares anbieten kann. Eine andere Art von Organisation z.B., die als Vorbild dienen kann fwür eine alternative Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Zum Beispiel wirtschaftliche Kooperativen oder lokale Räte. Meiner Meinung nach gab es nach dem Verbrechen des 4. August eine Gelegenheit dazu und die Menschen haben angefangen, sich auf verschiedene Weisen zu organisieren. (...) An einem bestimmten Punkt haben die Menschen sich in ihren lokalen Vierteln organisiert, um sich gegenseitig zu helfen, aber auch, um Entscheidungen gemeinsam zu treffen. Und wenn diese Erfahrungen sich entwickeln und institutionalisieren, dann können daraus möglicherweise politische Modelle werden, auf denen wir aufbauen können.«[99]

»Der Libanon befindet sich am Rande des Zusammenbruchs« – diesen Satz hört man im Libanon immer wieder und in unterschiedlichen Kontexten seit schätzungsweise Anfang 2020. Spätestens seit Ausbruch des Coronavirus im Februar 2020, den darauffolgenden verschiedenen Phasen

97 Am 04. August 2020 explodierten gegen 18 Uhr 2.750 Tonnen Ammoniumnitrat in einer Lagerhalle im Hafen von Beirut. Die Explosion verwüstete weite Teile des Hafens und der naheliegenden Stadtviertel, 215 Menschen kamen ums Leben und Tausende wurden verletzt.

98 Interview mit einer Aktivistin, 11.11.2020.

99 Jean Kassir, 26.03.2021, in »A conversation with Jean Kassir about the post-uprising realities of organization«, Secular Club University of Balamand, https://www.facebook.com/uobsecularclub/videos/139451844761098. Abgerufen am 05.04.2021. Eigene Übersetzung.

der Schließung oder Teilschließung des Landes zur Eindämmung des Virus seit März 2020, der Bankrotterklärung des libanesischen Staates im März 2020 und der nahezu täglichen Verschärfung der libanesischen Wirtschafts- und Finanzkrise gibt es immer wieder neue Schreckensszenarien, die herangezogen werden, um den bevorstehenden Zusammenbruch des Landes zu verdeutlichen. Vor einigen Monaten fragte mich eine Freundin, was es eigentlich heißt, »am Rande des Zusammenbruchs« zu sein, und welcher Maßstab denn angewandt wird, um zu bestimmen, wann das Land sich nicht mehr am Rande des Zusammenbruchs befindet, sondern tatsächlich zusammengebrochen ist. Als würde es nach dem endgültigen Untergang auch wieder aufwärtsgehen und die Abwärtsspirale ein Ende finden. Für viele Menschen im Libanon kam die Antwort auf die Frage des endgültigen Zusammenbruchs letztlich nicht durch den erwarteten wirtschaftlichen Niedergang oder die Überlastung des Gesundheitssystems durch steigende Fallzahlen von COVID-19, sondern in den wenigen und völlig unerwarteten Sekunden der Explosion am 4. August 2020 um 18:07 Uhr. Seit diesem Moment ist für die Mehrheit der Menschen im Land der Zusammenbruch Realität. Eine Realität, die sie täglich leben und überleben müssen, und keineswegs eine, die in irgendeiner Form ein Ende hat. »Es gibt Tage, da hat man das Gefühl, das Leben geht normal weiter«, sagte mir einer der Aktivisten im Interview, »und dann plötzlich kommt wieder eine neue Welle von Androhungen, Schreckensszenarien und Niederlagen und man kann gar nichts mehr einordnen.«[100]

Die Explosion und ihre Auswirkungen, die wirtschaftliche und politische Krise sowie die kontinuierliche Ausbreitung des Coronavirus sind im heutigen Libanon zu einem Amalgam aus Schrecken, Trauer und Angst geworden, das in einem starken Kontrast zu dem Gefühl der Hoffnung und des Neubeginns der ersten Monate der ›Revolution des 17. Oktober‹ steht. Bis heute gehen Menschen im Libanon auf die Straße und protestieren, sie verbrennen Reifen und Mülltonnen, sperren Straßen und schreien ihre Wut und Frustration heraus. Dennoch sind diese Proteste selten noch mit Hoffnung oder dem Gefühl eines Neuanfangs verbunden. Die ›Revolution des 17. Oktober‹ und die derzeitige politische und wirtschaftliche Krise sind insofern miteinander verbunden, als die Protestbewegung eine erste Reaktion auf den Beginn des wirtschaftlichen Niedergangs und der

100 Interview mit einem Aktivisten, 03.02.2021.

kontinuierlichen politischen Krise war. Die rasante Eskalation dieser multiplen Krisen kam dennoch für die Mehrheit der Menschen überraschend. In meinen Interviews mit Aktivist*innen habe ich oft die Frage gestellt, wann für sie der Wendepunkt war, an dem sich Hoffnung und Aufbruch langsam in Frustration und schleichende Resignation verwandelten. Die Antwort lag für viele zwischen Februar und März 2020, als die Zahl der Protestierenden immer mehr abnahm, die Regierung sich in einer scheinbaren Ohnmachtsstellung und Ignoranz gegenüber jeglichen politischen und wirtschaftlichen Forderungen befand und der damalige Premierminister Hassan Diab in letzter Konsequenz am 7. März erklärte, dass die Regierung die fällige Eurobondrate nicht zurückzahlen werde, also jene Anleihen aus dem Ausland, die in US-Dollar ausgestellt wurden. Das erste Mal in der Geschichte hatte der Libanon damit eine Rate seiner seit 1993 stetig gestiegenen Staatsschulden nicht fristgerecht zurückgezahlt und damit quasi den Staatsbankrott erklärt.

Eine Woche später, am 15. März, verkündete die libanesische Regierung angesichts des Ausbruchs des Coronavirus im Land bis auf Weiteres eine landesweite Schließung von Schulen, öffentlichen Institutionen, des Flughafens sowie von Firmen, Geschäften, Restaurants, Bars und Nachtklubs. Bilder, wie man sie zu diesem Zeitpunkt weltweit sehen konnte, gab es zu diesem Zeitpunkt auch aus dem Libanon: Menschen- und autoleere Straßen und Plätze, verriegelte Geschäfte, Cafés und Restaurants, ansonsten strahlend blauer Himmel mit klarer, kaum verschmutzter Luft und singenden Vögeln. Auch die ›Revolutionär*innen‹ mussten von einem Tag auf den anderen zu Hause bleiben. Die landesweiten Orte und Plätze, an denen die Proteste stattgefunden hatten, waren plötzlich komplett verlassen, nur die leeren Zelte und die aus Pappe errichtete, zur Faust erhobene Hand mit dem Wort ›thawra‹ (Revolution) in einigen Städten und Dörfern erinnerten an die Demonstrationen und Menschenmassen von wenigen Tagen und Wochen zuvor. Ende März nutzte die libanesische Armee die Gunst der Stunde und zerstörte die Zelte auf dem Märtyrerplatz in Beirut.

Die libanesische Regierung hatte im globalen Vergleich relativ früh auf den Coronavirus reagiert, es gab zu diesem Zeitpunkt kaum Fälle im Land und das Gesundheitssystem war nicht überlastet. Obwohl diese Reaktion der Regierung auf den ersten Blick ein seltenes Beispiel von schnellem und scheinbar verantwortungsvollem Handeln zu sein schien, zeigte die Art und Weise, wie der Lockdown eingehalten und von den Autoritäten überprüft

wurde und wie die schrittweise Öffnung des Landes in den darauffolgenden Monaten vonstattenging, dass die Antwort auf den Coronavirus von derselben Verantwortungs- und Planlosigkeit geprägt war, durch die die libanesische politische Elite sich in den meisten Fällen auszeichnete:

> »Widersprüchliche Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten, einseitige Entscheidungen und ein Mangel an klarer Kommunikation, offensichtlich fehlende Präventionsmaßnahmen und verspätete Reaktionen haben die Antwort der Regierung auf die Pandemie charakterisiert, seit der erste Fall im Februar aufgezeichnet wurde.«

So fasste Hussein Mehdy die Politik der Regierung zur Eindämmung von COVID-19 im Land zusammen.[101] Heute[102] hat der Libanon im Durchschnitt 3.000 neue Fälle täglich und eine Positivtestrate von über 20 %. Dennoch hatte noch im Juni 2020 der damals amtierende Gesundheitsminister Hamad Hassan seinen ›Sieg‹ über die Ausbreitung von COVID-19 im Libanon tanzend in einer Menschenmenge in seinem Heimatdorf gefeiert.

Trotz des frühen und strengen Lockdowns hatte die libanesische Regierung keinen Plan zur Abfederung der sozioökonomischen Folgen des Lockdowns ausgearbeitet. In einem Land, das sich schon vor der Pandemie in einer tiefen Wirtschaftskrise befand, waren die Folgen der Schließung jedoch wirtschaftlich verheerend. Im April 2020 schätzte der Minister für Soziale Angelegenheiten, Ramzi Musharrafieh, dass etwa 75 Prozent der Libanes*innen auf Hilfe angewiesen sind[103], Preise auf importierte und lokale Produkte waren zu diesem Zeitpunkt bereits um durchschnittlich 40 bis 60 Prozent gestiegen, der Wert der libanesischen Lira und damit der Gehälter fiel täglich, und viele Menschen waren aufgrund des Lockdowns ohne Arbeit und/oder Gehalt. Die relative Ruhe nach der Schließung des Landes war dementsprechend von kurzer Dauer: Bereits am 22. März kam

101 Hussein Mehdy, Too Little Too Late: A Timeline of Lebanon's Response to COVID-19, The Public Source, 30.11.2020, https://thepublicsource.org/too-little-too-late-timeline-lebanons-response-covid-19. Abgerufen am 05.04.2021. Eigene Übersetzung.

102 Stand: 05.04.2021.

103 Tamara Qiblawi, 75 % of Lebanon needs aid after coronavirus, and hungry protestors are back on the street, CNN, 29/04/2020, https://edition.cnn.com/2020/04/28/middleeast/lebanon-hunger-aid-coronavirus-intl/index.html, Abgerufen am 05.04.2021.

es zu ersten Protesten in Tripoli. In einem in den sozialen Medien kursierenden Video formuliert eine Demonstrantin es folgendermaßen: »Wir wollen essen, wir haben Hunger. Wir werden klauen. Wir brauchen eine Alternative.« Seit diesem Tag kam es vor allem in Tripoli, aber auch in anderen Regionen des Landes, wieder wöchentlich zu Demonstrationen. Zudem wurden in verschiedenen nächtlichen Attacken Banken zerstört oder in Brand gesetzt, generell kam es zu einer Zunahme von Gewalt auf den Demonstrationen. Es war einer dieser militanten Proteste, auf dem am 28. April der 26-jährige Fawwaz al-Saman in Tripoli von der Armee erschossen wurde. Nach seinem Tod veröffentlichte die Armee ein Statement, in dem sie die Gewalt der Protestierenden verurteilte und sie dazu aufforderte, sich auf eine friedliche Protestkultur zurückzubesinnen, wie sie im Oktober und November 2019 überwiegend gepflegt wurde. Für die meisten Protestierenden war der Anstieg von Gewalt gegen Banken und Sicherheitskräfte sowie Vandalismus auf der Straße jedoch eine Antwort auf die zunehmende Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit und die strukturellen Formen von (staatlicher) Gewalt, d.h. Armut, Hunger, mangelnde soziale Leistungen, die die Libanes*innen seit Monaten erleben. Die drastische Reaktion der libanesischen Sicherheitskräfte (Verhaftungen, Tränengas, Schlagstöcke, Gummigeschosse, Schrotkugeln) machte gleichzeitig deutlich, wie wenig Verständnis die politische Elite für diese Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit hatte und wie wenig sie sich dafür verantwortlich fühlte.

Ab Anfang Mai 2020 wurde das Land schrittweise wieder geöffnet, der erste Lockdown fand sein Ende, und ab Ende Juni war auch der Flughafen wieder offen. Hassan Diab appellierte an die Auslandslibanes*innen, in den Libanon zu kommen, um Fremdwährung ins Land zu bringen. Theoretisch wurde eine zweiwöchige Quarantäne für ankommende Reisende verordnet, praktisch wurde die Einhaltung diese Quarantäne allerdings von niemanden überprüft. Es kam auch in dieser Zeit immer wieder zu Protesten, aber die zunehmende Wirtschaftskrise und die Schließung des Landes brachten viele der vorher demonstrierenden Gruppen dazu, sich vor allem in Nothilfeaktionen zu engagieren und Essens- und Medikamentenrationen sowie Artikel der Grundversorgung zu verteilen. Die Regierung unter Hassan Diab präsentierte in dieser Zeit einen wirtschaftlichen Rettungsplan und wandte sich an den IWF, um mögliche weitere Kredite in Höhe von zehn Milliarden USD auszuhandeln. Der Hilferuf an den IWF wurde von allen Parteien der herrschenden Elite inklusive der Hisbollah einheitlich unter-

stützt. Während Wirtschaftsexpert*innen und Aktivist*innen noch darüber diskutierten, welche negativen und positiven Konsequenzen weitere Kredite und eine Einmischung des IWF nach sich ziehen würden, landeten die Verhandlungen bald in einer Sackgasse. Ursache waren Uneinigkeiten zwischen der Regierung und einem von der Zentralbank unterstützten parlamentarischen Komitee über den geschätzten Nettoverlust. Während der IWF die Verluste sogar höher als die Regierung einschätzte, weigerte sich die Zentralbank, ihre Verluste anzuerkennen und damit den Preis für ihre gescheiterte Politik zu bezahlen. Bis heute ist in dieser Dynamik keine Veränderung zu erkennen. Sollte es dennoch zu einer Rettungsaktion des IWF kommen, so würde es wohl in den nächsten Jahren vor allem zu der Reduktion von öffentlichen Ausgaben durch Privatisierungsmaßnahmen, die Erhöhung und Erhebung von indirekten Steuern, einen Einstellungsstopp im öffentlichen Sektor sowie die Aufhebung von Subventionen auf Grundnahrungsmittel, Strom, Benzin und Medikamente kommen. Opfer dieser Konsolidierungs- und Austeritätspolitik würden wohl überwiegend die ohnehin schon verarmten und in prekären Bedingungen lebenden Menschen im Libanon sein.

Die Frage nach der Zukunftsperspektive von Diabs Regierung, seines Rettungsplans und eines möglichen IWF-Unterstützungspakets geriet am 4. August innerhalb weniger Sekunden ins Vergessen, als um 18:07 Uhr im Hafen von Beirut 2.750 Tonnen Ammoniumnitrat explodierten und Teile der Stadt in Schutt und Asche legten. Ammoniumnitrat ist ein Salz, das sowohl zur Herstellung von Düngemittel als auch Sprengstoff verwendet wird. Vor der Explosion in Beirut hatte es weltweit bereits zehn größere Explosionskatastrophen durch Ammoniumnitrat gegeben, in vielen Ländern ist daher die Lagerung des Stoffes in der Nähe von Wohngebieten verboten. Die Explosion des 4. Augusts gilt heute als eine der größten nichtnuklearen Explosionen in der Geschichte der Menschheit. Die Reverberation (den Nachhall) der Druckwelle konnte man bis zu 240 km weit entfernt spüren, für alle Menschen im Umkreis von 10 km war sie so stark, dass sie das Gefühl hatten, die Detonation hätte direkt neben ihnen stattgefunden. Schätzungsweise 7.000 Menschen wurden bei der Explosion verletzt, über 200 starben und etwa 200.000 Häuser und Geschäfte wurden zerstört, sodass im direkten Nachgang etwa 300.000 Menschen obdachlos waren.

Nach erstem Kenntnisstand lagerte das Ammoniumnitrat seit September 2013 im Hafen von Beirut, nachdem es auf dem Weg von Georgien nach

Mosambik dort ›zwischengelagert‹ worden war und schließlich aufgrund mysteriöser Umstände für sieben Jahre im Hafen liegenblieb. Im Januar 2021 ergaben neue Investigationen des libanesischen Fernsehsenders *al-Jadeed*, dass die Firma *Savaro Ltd*, die das Ammoniumnitrat gekauft hatte, direkte Verbindung zu syrischen Geschäftsmännern hat, denen vorgeworfen wird, das syrische Regime mit Waffen und Chemikalien zu versorgen. Im Jahre 2013 hatte die Bank *FBME*, die ebenfalls wegen ihrer Verbindungen zum Asad-Regime seit 2014 von den USA sanktioniert wird, Geld sowohl an Savaro Ltd als auch an den Geschäftsmann Charalambos Manoli überwiesen, dem das Schiff Rhosos gehört, auf dem das Ammoniumnitrat transportiert worden war. Die Beweislage verdichtet sich also dahingehend, dass das Ammoniumnitrat für das syrische Regime bestimmt war und demnach doch nicht ganz so zufällig im Hafen von Beirut lagerte.[104] Unabhängig davon, wie das Ammoniumnitrat in den Hafen von Beirut gelangte, war seine gefährliche Lagerung über sieben Jahre das Produkt von Korruption, Vernachlässigung und Fahrlässigkeit bis in die höchsten Ebenen der Politik. Mehrere hochrangige Politiker*innen, über verschiedene Legislaturperioden hinweg, inklusive dem Staatspräsidenten Michel Aoun, wussten von der Existenz des hochexplosiven Stoffes im Hafen von Beirut und hatten keine Schritte unternommen, die drohende Katastrophe abzuwenden.

Die Stunden und Tage nach der Explosion erlebten die meisten Menschen im Libanon im totalen Schock, während gleichzeitig die Behandlung und Bergung von verletzten und toten Menschen auf Hochtouren lief. Krankenhäuser im ganzen Land waren komplett überfüllt, Menschen liefen auf den Straßen herum, um nach Vermissten zu suchen und Verletzte in Privatautos oder auf Motorrädern ins Krankenhaus zu bringen. In Apotheken, Arztpraxen sowie auf Parkplätzen von Krankenhäusern wurden Menschen verbunden und genäht. In den Wohnvierteln direkt am Hafen versuchte die Armee, die Menschen daran zu hindern, eigenständig in den Trümmern nach Verletzten zu suchen, gleichzeitig blieben über Tage ungefähr 60 Menschen vermisst:

> »Ich versuchte, eine Freundin zu erreichen, und sie antwortete nicht. Irgendwann im Laufe des Abends entschied ich mich, zu ihr nach Hause zu gehen. Ihr Haus

104 Siehe dazu: Ellen Francis/Tom Bergin/Maria Tsvetkova, Beirut blast chemicals possibly linked to Syrian businessmen - report, company filings, 17.01.2021, https://www.reuters.com/article/uk-lebanon-crisis-blast-idUSKBN29M0AJ. Abgerufen am 05.04.2021.

war komplett zerstört, die Armee befahl uns zu gehen und behauptete, sie habe das Gebäude durchsucht. Wir schlichen uns trotzdem rein und suchten in den Trümmern. Als wir schon aufgeben wollten, fanden wir sie, schwer verletzt. Wir trugen sie raus und riefen nach einem Krankenwagen. Nach etwa einer Stunde fanden wir ein Krankenhaus, das uns aufnahm. Ich erinnere mich nicht mehr an viel von dieser Nacht, nur an die Menschenmassen, die vor der Notaufnahme standen und auf die Ärzte warteten. Und die Ärzte, die rauskamen und verkündeten, wer gestorben ist.«[105]

Bereits in der Nacht der Explosion fanden sich auf den Straßen der zerstörten Viertel Massen, vor allem junger Menschen wieder, die halfen, die Trümmer wegzuräumen und den Bewohner*innen Essen, Trinken und Kleider anzubieten. Die Koordination dieser Aufräum- und Hilfsaktionen war durch die Verbindung der verschiedenen Protestgruppen in den Monaten vorher enorm erleichtert worden:

»Über unsere WhatsApp-Gruppe fragten wir sofort nach Helfer*innen. Wir trafen uns in Gemayzeh und fingen an zu helfen, Verletzte zu bergen, in Krankenhäuser zu bringen, aufzuräumen, in den darauffolgenden Tagen dann Essen und Verbandszeug zu verteilen, Fenster und Türen notdürftig zu reparieren.«

So fasste ein Aktivist die Nacht der Explosion und die Tage danach zusammen.[106]

Während Hunderte von freiwilligen Helfer*innen auf den Straßen von Beirut aktiv waren, um die größten Schäden der Katastrophe zu beseitigen, zeichnete sich die politische Elite durch eine Mischung aus Ignoranz, Verleugnung, und kompletter Verantwortungslosigkeit aus. Keine*r der Politiker*innen im Libanon entschuldigte sich in irgendeiner Form für die Katastrophe, keine*r gab auch nur irgendeine Art von Mitwissen oder Mitverantwortung zu. Im direkten Anschluss herrschte nahezu kollektives Schweigen, Tage und Wochen später sprachen viele Politiker*innen von einem ›Unfall‹ und nicht von einem Verbrechen oder einer Katastrophe, die sie selbst mitverantwortet hatten. Gleichzeitig versuchten viele Politiker*innen, aus der Explosion schamlos politischen Profit zu schlagen. Der Staatspräsident Aoun sagte nur wenige Tage nach der Explosion gegenüber Journalist*innen, dass der »Unfall, der sich am 4. August ereignete,

105 Interview mit einem Bewohner von Beirut, 04.09.2020.
106 Interview mit einem Aktivisten 15.10.2020.

die wirtschaftliche Belagerung, unter der sich der Libanon befand, aufgehoben hat«.[107] Der Parlamentsabgeordnete der Kata'ib-Partei, Nadim Gemayel, nutzte die Katastrophe, um konfessionelle Töne anzuschlagen: »Der Schmerz, den wir heute fühlen, ist als Erstes christlich, zweitens der Schmerz Beiruts und drittens der Schmerz der Libanesen.«[108] Abgeordnete der Hisbollah machten Israel oder islamistische Gruppen für die Explosion des Ammoniumnitrats im Hafen von Beirut verantwortlich. Die einzige konkrete politische Handlung, die die Regierung im Anschluss an die Explosion unternahm, war die Erklärung des Ausnahmezustands. Dieser sieht die legale Ausweitung der Kompetenzen der obersten Militärinstanz im Land vor, um in sogenannten Krisensituationen wie Krieg, Katastrophen oder bewaffneten Umstürzen vermeintlich handlungsfähig zu sein. Während das Kabinett den Ausnahmezustand entscheiden kann, muss dieser innerhalb von acht Tagen vom Parlament geprüft werden. Konkret gibt der Ausnahmezustand der Armee das Recht,

> »Besitz, Menschen und Tiere zu beschlagnahmen, Häuser ohne juristische Genehmigung zu durchsuchen, Individuen unter Hausarrest zu stellen, die eine Gefahr für die Sicherheit darstellen, Treffen und Newsletter zu verbieten, die die Sicherheit stören, Medienzensur durchzusetzen und Ausgangsperren zu verhängen.«[109]

Die libanesische Regierung verlängerte den Ausnahmezustand bis zum 18. September 2020, obwohl sie nie die notwendige Erlaubnis des Parlaments dazu einholte. Sie nutzte den Zustand in dieser Zeit vor allem, um jegliche Art von Protesten und Aufständen gegen die politische Elite, ihre Reaktion auf und ihre Verantwortung an der Explosion sowie alle freiwilligen Nothilfe- und Aufräumaktionen zu unterbinden, ohne selbst irgendeine Art von Handlungsbereitschaft zu zeigen

Die Explosion am 4. August zeigte in einem bisher nie dagewesenen Ausmaß, wie hoch der Grad an Vernachlässigung, Korruption, Kriminalität und Verachtung ist, den die libanesische politische Elite in ihrer Politik, ihrer Verwaltung des Landes und ihrer Einstellung gegenüber den

107 Zitiert nach https://www.facebook.com/MegaphoneNews/photos/2652951028256028, 21.08.2020. Abgerufen am 05.04.2021.

108 Zitiert nach https://www.facebook.com/MegaphoneNews/photos/2652951111589353, 10.08.2020. Abgerufen am 05.04.2021.

109 Zitiert nach https://www.facebook.com/MegaphoneNews/photos/2639763779574753, 06.08.2020. Abgerufen 05.04.2021.

Bewohner*innen dieses Landes an den Tag legt. Waren schon vorher Wut, Verachtung und Frustration gegenüber der politischen Elite allgegenwärtig, so hatte die Explosion am 4. Augusts, die die Bewohner*innen des Landes inmitten einer ohnehin schon eskalierenden Krise traf, die Wut der Mehrheit der Menschen im Libanon ins Unendliche gesteigert. Vier Tage nach der Explosion, am 8. August, riefen die verschiedenen Gruppen der Protestbewegung zu einem ›Tag der Wut‹ bzw. einem ›Tag des Gerichts‹ auf, der unter dem Motto ›Es ist Zeit für den Galgen‹ stattfand. Auf dem Märtyrerplatz in Beirut wurden Galgen mit den Bildern der führenden Politiker des Libanon aufgestellt. Ohne Ausnahme: Auch Hassan Nasrallah wurde symbolisch zum Henker geführt. Die Armee und die Bereitschaftspolizei reagierten auf den ›Tag der Wut‹ mit überproportionaler Gewalt und nutzten den ausgerufenen Ausnahmezustand voll aus: Tränengas, Gummigeschosse und zum ersten Mal auch Schrottkugeln wurden in Gesichter und auf Oberkörper der Protestierenden geschossen. Es kam zu Hunderten Verletzten, einige Protestierende verloren ein Auge, ohnehin überfüllte Krankenhäuser hatten zum zweiten Mal innerhalb einer Woche volle Notaufnahmen. Vier Tage nach der verheerenden Katastrophe von Beirut, verwandelte sich die Stadt in ein Schlachtfeld, in dem die Mitschuldigen an der Explosion befahlen, die Bewohner*innen der Stadt niederzuschießen, ohne jegliches Verständnis für die unendliche Wut der Menschen zu zeigen.

> »Der 8. August war eine politische Chance für uns, und gleichzeitig war die Katastrophe des 4. Augusts zu groß und noch zu nah, als dass wir diese Chance hätten nutzen können. Vielleicht waren wir auch schon zu ausgebrannt. Der 8. August war zwar eine Chance, er hat uns aber auch erst mal wieder zum Schweigen gebracht. Er war der Höhepunkt der Revolution und der Konterrevolution. Nach dem 8. August rief ich verschiedene Leute an, um sie zu fragen, wie wir diesen Moment politisch nutzen könnten. Ich brauchte irgendetwas, das uns wieder einen Sinn gab. Keiner konnte mir eine Antwort geben. Ein neues Gefühl war plötzlich dominant, das wir vorher nicht kannten: Angst.«[110]

So schilderte eine Aktivistin ihre Eindrücke des ›Tages der Wut‹ und der herrschenden Gewalt auf den Straßen Beiruts.

Einen Tag nach diesem Höhepunkt hielten Frankreich und die UN eine Geberkonferenz mit verschiedenen Regierungen und Institutionen

110 Interview mit einer Aktivistin, 15.09.2020.

für den Libanon ab. Letztlich billigten 36 Regierungen und Institutionen insgesamt 253 Milliarden Euro, um die vielfältigen Schäden der Explosion zu lindern, weitere Gelder wurden in Aussicht gestellt. Die Bemühungen der französischen Regierung sollten auch im Einklang sein mit den vom IWF gestellten Bedingungen für ein mögliches Rettungspaket für den Libanon, d.h. Reformen in der Wirtschaftspolitik, Verbesserung der Infrastruktur und Bekämpfung der Korruption. Am 10. August trat die Regierung unter Hassen Diab zurück. Auch in seiner Rücktrittsrede gab der frühere Premierminister keine Mitschuld zu, obwohl mittlerweile klar geworden war, dass er wenige Wochen vor der Explosion über die Lagerung des Ammoniumnitrats informiert worden war. Stattdessen stilisierte er sich und sein Kabinett zum Opfer der herrschenden Korruption im Land, die »größer sei als der Staat selber«[111]. Die libanesischen Politiker*innen lehnten auch eine internationale Untersuchung der Katastrophe ab und erklären bis heute, niemand dürfe sich in ihre Angelegenheiten einmischen. Präsident Aoun nannte eine internationale Untersuchung der Explosion eine »Zeitverschwendung«.[112] Gleichzeitig forderten sie internationale Hilfe für den Wiederaufbau sowie Nothilfe. Das Schicksal des Libanons schien nach der Katastrophe des 4. Augusts absurderweise in den Händen von internationalen Akteuren und Regierungen sowie der alten politischen kriminellen Elite zu liegen, ohne dass der Protestbewegung und/oder Zivilgesellschaft irgendeine Rolle zugesprochen wurde. Lippenbekenntnisse vonseiten europäischer Regierungen, dass jegliche Hilfsgelder an Bedingungen gebunden seien und der Zivilgesellschaft, nicht dem politischen Apparat zugesprochen würden, wurden von vielen Seiten für unglaubwürdig gehalten bzw. für unrealistisch erklärt.

Am 10. August beauftragte die libanesische Regierung den *Richterrat*[113] mit der Aufklärung der Explosion. Der verantwortliche Richter war zu diesem Zeitpunkt Fadi Sawan, dessen Neutralität von vielen Beobachter*innen infrage gestellt wurde, da er sowohl der Hisbollah als auch den libanesi-

111 Siehe den Wortlaut des Rücktritts: https://english.alarabiya.net/features/2020/08/10/Read-full-resignation-speech-of-Lebanese-PM-Hassan-Diab. Abgerufen am 01.05.2021.

112 Zitiert nach The Daily Star, Aoun reaffirms stance against int'l investigations into blast, 09.08.2020, https://www.dailystar.com.lb/News/Lebanon-News/2020/Aug-09/510073-aoun-reaffirms-stance-against-intl-investigations-into-blast.ashx. Abgerufen am 04.05.2021.

113 Ein besonderes Gericht, gegen dessen Urteil kein Einspruch erhoben werden kann.

schen Sicherheitskräften nahesteht. Einer Untersuchung eines Ereignisses so heikel wie die Explosion des 4. Augusts standen diese beiden politischen Lager mehr als kritisch gegenüber und so stellten viele sofort die Neutralität der Untersuchung infrage. Sawan ging in einem ersten Schritt auch nicht weiter, als Dutzende von Verwaltungsbeamten zu verhaften und anzuklagen. Kein*e amtierende*r oder ehemalige*r Minister*in oder hochrangige*r Beamt*in des Systems wurde bis Oktober 2020 zur Verantwortung gezogen. Danach änderte Sawan seine Strategie und fing an, auch gegen Minister*innen und hochrangige Beamt*innen zu ermitteln. Einer der vorgeladenen ehemaligen Minister (Youssef Fenianos) tauchte gar nicht erst zur Befragung auf, andere (Ali Hassan Khalil und Ghazi Zeaiter) wehrten sich in den Medien vehement gegen ihre Anklage und forderten die Absetzung Sawans.

Im Februar 2021 stellte Sawan schließlich den Antrag auf juristische Überprüfung der drei syrischen Geschäftsmänner Mudalal und Imad Khouri sowie George Haswani, die alle in dem Bericht des Fernsehsenders al-Jadeed beschuldigt worden waren, mitverantwortlich für die Katastrophe zu sein. Zwei Tage später wurde Sawan vom obersten Gericht aufgefordert zurückzutreten. Anstelle Sawans wurde Tarek Bitar ernannt, dessen Name bereits im August 2020 kursiert war. Bitar versprach den Familien der Opfer, dass die »Untersuchung alle Aspekte des Falles behandeln werde, anfangend mit dem Rhosos Schiff, der Ammoniumnitratlieferung, ihrer Besitzer und wer es importiert hat, dafür bezahlt hat und es sieben Jahre im Hafen gelagert hat«[114].

Bis zum heutigen Tag (April 2021) ist die Ermittlung zur Explosion vom 4. August nicht weitergekommen. Die Familien der Opfer sowie die Gruppen der Protestbewegung demonstrieren jedoch in regelmäßigen Abständen für eine Aufklärung und eine Verurteilung der Schuldigen – vom niedrigsten Verwaltungsbeamten bis hin zum*zur hochrangigsten Politiker*in. Sie kämpfen auch gegen ein Vergessen der Katastrophe an, ein Verbrechen der politischen Elite des Libanons, das nicht unter den Teppich gekehrt werden darf.

114 Zitiert nach Megaphone, https://www.facebook.com/MegaphoneNews/posts/2820000178217778, 15.03.2021, Abgerufen am 05.04.2021.